

FÖS-Hintergrundpapier

WOHLSTAND ODER WACHSTUM?

Von der wachstums- zu einer wohlfahrtsorientierten Marktwirtschaft

Damian Ludewig/Eike Meyer

Oktober 2011

I. EINFÜHRUNG

Die Marktwirtschaft hat - nicht zuletzt durch die Finanz- und Wirtschaftskrise, aber auch durch mangelnden Fortschritt bei der Lösung der Klimakrise - in den letzten Jahren deutlich an Strahlkraft verloren. Diese Krisen haben gezeigt, dass Gewinnmaximierung, Rendite und Wachstum sowohl aus sozialer als auch aus ökologischer Sicht eine Kehrseite haben können und vielmehr eine Politik notwendig ist, die sich an der Wohlfahrt und dem Wohlergehen der Menschen orientiert. Die Herausforderung ist daher, die soziale Marktwirtschaft so weiter zu entwickeln, dass sie wesentliche Zukunftsprobleme wie Umweltschutz und Staatsverschuldung lösen kann und trotzdem individuelle Handlungsspielräume und damit die Freiheit des Einzelnen erhalten bleiben.

Vor diesem Hintergrund muss die soziale Marktwirtschaft dringend zu einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft ausgebaut werden. Für die Ökologisierung der Marktwirtschaft müssen Umweltgüter konsequent mit Preisen versehen werden, damit Märkte auch aus ökologischer Sicht effizient funktionieren. Externe Effekte müssen internalisiert und dem Verursacher- wie dem Vorsorgeprinzip Rechnung getragen werden. Umweltschutz und Ressourcenschonung würden so zum Eigeninteresse von Unternehmen und Bürgern gemacht und die Volkswirtschaft auf künftige Knappheiten vorbereitet. Eine solche moderne Umweltpolitik, die den Einzelnen nicht mit unnötigen Vorschriften drangsaliert, ihn aber für die Folgen seines Handelns zur Verantwortung zieht, kann einen wesentlichen Beitrag zu Ressourcenschonung und Umweltschutz leisten. Sie kann gleichzeitig durch die Bepreisung von Umweltgütern und den Abbau umweltschädlicher Subventionen zu neuen finanziellen Spielräumen für den Staat führen, etwa um die Staatsverschuldung zu reduzieren und den Faktor Arbeit von Steuern und Abgaben zu entlasten, wie dies auch von der Europäischen Kommission¹ und der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)² immer wieder angemahnt wird.

Aber auch die soziale Komponente unserer Marktwirtschaft muss wieder gestärkt werden. Die Schere zwischen Arm und Reich hat sich auch in Deutschland in den letzten Jahren weiter geöffnet. Durch die „Verstaatlichung“ von Verlusten und Risiken am Finanzmarkt kommen auf die Bürgerinnen und Bürger neue finanzielle Belastungen zu, die zu einer Vertrauenskrise gegenüber dem Finanzsektor sowie der Wirtschafts- und Finanzpolitik geführt haben.

¹ z.B.: European Commission 2011: Rio+20: towards the green economy and better governance, COM(2011) 363 final. http://ec.europa.eu/environment/international_issues/pdf/rio/com_2011_363_en.pdf

² z.B.: Organisation for Economic Co-operation and Development 2011: Towards Green Growth. <http://www.oecd.org/dataoecd/37/34/48224539.pdf>

Unter Berücksichtigung der heute bestehenden Anreizstrukturen und Mechanismen des Wirtschaftssystem stellt sich die Frage, ob eine solche ökologisch-soziale Marktwirtschaft im wachstumsorientierten Wirtschaftssystem möglich ist - oder ob eine Neuausrichtung notwendig ist.

II. KAPITALISMUS IN DER KRISE

Die Marktwirtschaft hat in den letzten Jahren - nicht zuletzt durch die Finanzkrise, aber auch durch mangelnden Fortschritt bei der Lösung der Klimakrise - deutlich an Strahlkraft verloren. 88 Prozent der Deutschen wünschen sich eine neue Wirtschaftsordnung, wie das Meinungsforschungsinstitut Emnid im Auftrag der Bertelsmannstiftung 2010 ermittelte.³ Laut Befragung ist eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung der Meinung, der Kapitalismus sorge weder für einen "sozialen Ausgleich in der Gesellschaft" noch für den "Schutz der Umwelt" oder einen "sorgfältigen Umgang mit den Ressourcen". An die "Selbstheilungskräfte des Marktes" glaubt nur noch ein Drittel der Bevölkerung. Soziale Beziehungen, Gesundheit und Umweltbedingungen sind den meisten Deutschen wichtiger als "Geld und Besitz zu mehren". In einer Zeit großer ökologischer Herausforderungen und historischer Ausmaße bei der Staatsverschuldung stimmt die übergroße Mehrheit schließlich sogar der Aussage zu, "Wohlstand ist für mich weniger wichtig als Umweltschutz und der Abbau von Schulden".

Zur Überwindung dieser multiplen Krisen brauchen wir eine Politik, die nicht ausschließlich Wirtschaftswachstum sondern vor allem eine zukunftsfähige Lebensweise zum Ziel hat und nicht auf die Ausbeutung der Natur, anderer Regionen oder zukünftiger Generationen ausgerichtet ist.

III. WOHLSTAND ODER WACHSTUM

A. Begrenztheit des BIP als Wohlfahrtsmaß

Um die Erfolge einer Politik, die auf Wohlstand und Lebensqualität statt auf quantitatives Wirtschaftswachstum ausgerichtet ist, bewerten zu können, ist ein neuer Wohlfahrtsindikator notwendig. Jahrzehntlang hat sich die Politik an der Schaffung von wirtschaftlichem Wachstum ausgerichtet wie an keinem anderen Politikziel. Wirtschaftswachstum, gemessen an der Zunahme des Bruttoinlandsprodukts (BIP), galt und gilt bis heute weitgehend als Voraussetzung oder gar als Anzeichen für zunehmenden Wohlstand in der Gesellschaft. Dabei war das BIP ursprünglich gar nicht als Wohlfahrtsmaß konzipiert worden, sondern lediglich als Maß für alle innerhalb eines Jahres auf dem Markt verkauften Waren und Dienstleistungen. Weil seine Berechnung auf einem international einheitlichen Verfahren beruht, erlaubt das BIP Vergleiche zwischen einzelnen Staaten und Regionen in Bezug auf ihren materiellen Reichtum. Vor allem darin besteht die unangezweifelte Leistung des Indikators.

Doch hat das BIP auch bedeutende Schwächen: Ganz grundsätzlich lässt sich zunächst einwenden, dass es immaterielle Aspekte von Wohlstand und Glück - z.B. den Wert von Freizeit und sozialen Bindungen oder den ästhetischen Wert einer unzerstörten Landschaft - ausblendet. Doch auch die Messung des tatsächlichen materiellen Reichtums ist verzerrt: Auf der einen Seite bleibt der gesamte informelle Bereich der Ökonomie unberücksichtigt, also Leistungen, die zum Beispiel durch Hausarbeit, Kindererziehung, Nachbarschaftshilfe oder Ehrenamt erbracht werden, obwohl sie den Reichtum einer Gesellschaft (auch materiell) sicherlich mehren. Auf der anderen Seite werden ökologische und soziale Effekte

³ "Bürger wollen kein Wachstum um jeden Preis" Umfrage von TNS-Emnid im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, Juli 2010.

http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-90D8E229-E4485545/bst/xcms_bst_dms_32005_32006_2.pdf

nicht angemessen berücksichtigt, auch wenn diese offensichtliche Kosten verursachen. Die Leistungen der Natur zum Beispiel, also die Bereitstellung von Roh- und die Aufnahme von Schadstoffen, werden als unentgeltliche Leistungen betrachtet und gehen nicht in die Berechnung ein, obwohl die Abholzung von Urwäldern, die Belastung von Gewässern mit Schadstoffen und die Überlastung der Atmosphäre mit Treibhausgasen offenkundig den Wohlstand mindern. Die Kosten von Umweltverschmutzung werden zudem nicht nur nicht negativ erfasst, sondern können im Gegenteil das BIP steigern, wenn zu ihrer Behebung Dienstleistungen erbracht werden, wie zum Beispiel die Reinigung verseuchter Gewässer oder die Restaurierung einer von Luftschadstoffen angegriffenen Gebäudefassade. Auch die gesundheitlichen Auswirkungen von Umweltbelastungen und einer von Leistungsdruck und Selbstoptimierung getriebenen Arbeitswelt (z.B. Burnout-Syndrom) werden bei Erbringung ärztlicher Leistungen positiv ins BIP eingerechnet.

Schließlich bleibt auch die Verteilung des materiellen Reichtums im BIP unberücksichtigt. Selbst wenn es wächst ist noch keine Aussage darüber getroffen, ob alle Bevölkerungsschichten etwas von dieser Zunahme des Reichtums haben. Es ist gut möglich und in der Tat nicht selten zu beobachten, dass trotz positiver Wachstumszahlen die Armut in einer Gesellschaft zunimmt - und so die Wohlfahrt auch der Gesamtgesellschaft beeinträchtigt wird.

Überlegungen, wie sich das BIP ergänzen lässt, hat es in der Vergangenheit bereits in vielfältiger Form gegeben:

- Für die Vereinten Nationen hat Mahbub ul Haq den Human Development Index entwickelt, der seit 1990 für jedes Mitgliedsland im Human Development Report veröffentlicht wird.⁴ Neben dem Pro-Kopf-Einkommen berücksichtigt er auch Faktoren wie durchschnittliche Lebenserwartung und durchschnittlichen Bildungsgrad.
- Mathis Wackernagel und William Rees haben 1994 den "ökologischen Fußabdruck" entwickelt, ein Maß für den Naturverbrauch, der mit dem durchschnittlichen Konsum in einer Gesellschaft verbunden ist.⁵
- Das Himalaya-Königreich Bhutan richtet seine Politik seit 2008 an der Steigerung des „Bruttonationalglücks“ aus.⁶

Anfang 2008 setzte die französische Regierung eine Kommission ein, der unter anderem die Nobelpreisträger Amartya Sen und Joseph Stiglitz angehörten, und die Reformvorschläge für das BIP machen sollte. Inzwischen hat diese Kommission einen 300 Seiten starken Bericht vorgelegt.⁷ Im Auftrag des Bundesumweltministeriums haben Hans Diefenbacher und Roland Zieschank ebenfalls 2008 einen Nationalen Wohlfahrtsindex entwickelt.⁸ Beide Konzepte wollen Wohlstand anzeigen, indem sie die Messung auf den Verbrauch der privaten Haushalte beschränken (und viele der Umsätze, die Unternehmen untereinander machen, ausblenden), Leistungen, die durch informelle Tätigkeiten erbracht werden (also Hausarbeit, Ehrenamt, etc.) einberechnen und den Verbrauch nicht-erneuerbarer Ressourcen, Unfallkosten und dergleichen negativ anrechnen. Die französische Kommission möchte zudem auch Umfrageergebnisse zur subjektiv empfundenen Lebensqualität in den Index einbeziehen. Diefenbacher und Zieschank hingegen beschränken sich auf monetär bewertbare Größen.

⁴ <http://hdr.undp.org/en/humandev/>

⁵ http://www.footprintnetwork.org/de/index.php/GFN/page/basics_introduction/

⁶ <http://www.grossnationalhappiness.com/>

⁷ Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress, 2010: http://www.stiglitz-sen-fitoussi.fr/documents/rapport_anglais.pdf

⁸ Diefenbacher/Zieschank 2010: Wohlfahrtsmessung in Deutschland. Ein Vorschlag für einen nationalen Wohlfahrtsindex. <http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/3902.pdf>

Fortschritte bei der Entwicklung solcher alternativer Indikatoren sind wichtig, damit auch diejenigen Aspekte menschlichen Wohlstands wieder verstärkt in den Blick geraten, die nicht unmittelbar mit einer Ausweitung des Angebots an Waren und Dienstleistungen verbunden sind, und sich die Politik nicht ausschließlich an dieser ausrichtet. Ein anderer Indikator allein führt jedoch noch nicht automatisch zu anderen Anreizen für Unternehmen und Verbraucher, ihre Produktions- und Konsumtionsweisen auf eine Art und Weise umzustellen, dass die Umweltbelastungen durch unsere Lebensweise zurück gingen. Dazu bedarf es neben weiterer Aufklärung insbesondere konkreter veränderter politischer Rahmenbedingungen.

B. Ansatzpunkte für eine wohlfahrtsorientierte Politik

Die berechtigten Zweifel an der Zulänglichkeit des BIP als Wohlstandsmaß führen andererseits natürlich nicht dahin, dass ein wachsendes BIP ein Hinweis auf schlechte Politik ist. Nachteilig auf den Wohlstand kann sich eine wachstumsorientierte Politik allerdings dann auswirken, wenn sie zur Übernutzung natürlicher Ressourcen und der übermäßigen Einschränkung anderer Wohlstandsquellen, wie Freizeit und soziale Bindungen führt, und diese Wohlfahrtsverluste den materiellen Wohlstandsgewinn übersteigen. Genau das sind allerdings regelmäßige Begleiterscheinungen der wachstumsorientierten Politik, wie wir sie heute kennen: Ressourcenübernutzung, Einschränkung der Freizeit durch Verlängerung der Wochen- (z.B. durch Erhöhung der tariflich festgelegten Wochenarbeitszeit oder Überstunden), Jahres- (z.B. durch Streichung von Feier- oder Urlaubstagen) oder Lebensarbeitszeit (z.B. durch Abitur nach 12 Jahren, Straffung von Studienzeiten oder Rente mit 67), und ungenügende Honorierung von Hausarbeit, Ehrenamt und Nachbarschaftshilfe.

Eine wohlfahrtsorientierte Politik müsste stattdessen dafür Sorge tragen, dass neben einer ausreichenden Versorgung mit Waren und Dienstleistungen auch diese Quellen menschlichen Wohlbefindens hinreichend beachtet werden. Ansatzpunkte dafür sind daher unter anderem die Förderung von Zeitwohlstand (etwa durch Arbeitszeitverkürzungen und eine gerechtere Verteilung der Arbeit), die bessere Honorierung nicht am Markt erbrachter Arbeitsleistungen (die in Bezug auf die Kindererziehung bereits durch Kindergeld und Kinderfreibeträge, Elterngeld oder Erziehungsprämien erfolgt oder diskutiert wird, und sich eventuell weiter denken lässt bis hin zu einem bedingungslosen Grundeinkommen) und natürlich Vorkehrungen für die Einhaltung der ökologischen Grenzen. Einige Maßnahmen, die im Rahmen einer solchen wohlfahrtsorientierten Politik zu ergreifen wären, würden sicherlich zu einer zusätzlichen Belastung der Staatshaushalte führen. Neben einer Förderung Wohlstands mehrender Tätigkeiten müssen aber auch Wohlstands mindernde Tätigkeiten eingeschränkt werden. Hierzu bieten sich die Einführung bzw. Anhebung von Steuern etwa auf Ressourcenverbrauch, die kostenpflichtige Vergabe von Zertifikaten, bzw. der Abbau umweltschädlicher Subventionen an. Solche Maßnahmen könnten zum einen neue Spielräume im Staatshaushalt eröffnen und würden gleichzeitig die Anreize für eine schonende Nutzung der Ressourcen schaffen.

C. Grenzen des Wachstums oder Wachstum der Grenzen?

Die natürlichen Grenzen des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems stellen wichtige Parameter für eine wohlfahrtsorientierte Politik dar. Aus ökologischer Perspektive ist das Wachstums-Paradigma problematisch, da es bislang stets mit einer Zunahme der Belastung der Umwelt einhergegangen ist. Wirtschaftliche Aktivität ist schließlich immer mit Ressourcenverbrauch verknüpft. Annähernd proportional zur globalen Wirtschaftsleistung ist der Ressourcenverbrauch in der Vergangenheit daher gestiegen: Von etwa zehn Milliarden Tonnen 1920 auf rund 50 Milliarden im Jahr 2000. Für 2030 wird ein Verbrauch von etwa 100 Milliarden Tonnen prognostiziert.⁹ In ähnlicher Form haben die Versiegelung von Flä-

⁹ Lutz/Giljum 2009: Global resource use in a business-as-usual world until 2030. In: Bleischwitz/Welfens/Zhang (Hrsg.): Sustainable Growth and Resource Productivity. Economic and Global Policy Issues.

chen und die Emissionen von CO₂ und Schadstoffen in Luft, Böden oder Gewässer zusammen mit dem BIP zugenommen. Das Problem der ökologischen Grenzen des Wachstums ist spätestens seit der Veröffentlichung des Berichts des Club of Rome 1972 bekannt.¹⁰ Diese Grenzen bestehen zum einen in der beschränkten Verfügbarkeit nicht-erneuerbarer Ressourcen und nutzbarer Flächen sowie dem begrenzten Regenerationsvermögen nachwachsender Rohstoffe. Zum anderen liegen sie in der ebenfalls begrenzten Absorptionsfähigkeit der Ökosysteme von menschengemachten Emissionen. Ein dauerhaftes Überschreiten dieser Grenzen ist nur bei Inkaufnahme zunehmend unkontrollierbarer Umweltkrisen möglich. Der Klimawandel ist dafür das bekannteste und am besten erforschte, aber bei weitem nicht das einzige Beispiel.

Eine weitere Zunahme des materiellen Reichtums weltweit ist dauerhaft also nur möglich, wenn sich dieses Wachstum von der Belastung der Natur entkoppeln ließe. Ein Großteil der umweltpolitischen Diskussion steht derzeit ganz im Zeichen dieser Perspektive: Durch Umwelt- und Effizienztechnologien sollen Ressourcenverbrauch und Schadstoffemissionen vom Wachstum der Güter- und Dienstleistungsversorgung unabhängiger gemacht und so „grünes Wachstum“ ermöglicht werden. Auf entsprechenden Fachkonferenzen wird dieser Tage häufig eine Grafik gezeigt, die die Abfolge der Kondratieff-Zyklen seit Beginn der industriellen Revolution zeigt und die kommende Welle der wirtschaftlichen Entwicklung nach Dampfmaschine, Automobil und Informationstechnologie von eben diesen Umwelt- und Effizienztechnologien getrieben sieht.¹¹ Wenn die technologische Entwicklung nur in die richtige Richtung gelenkt würde, könnten statt der Grenzen des Wachstums vielmehr das „Wachstum der Grenzen“ erreicht werden.¹²

Diesem Optimismus für grünes Wachstum steht die Skepsis anderer gegenüber, die glauben, dass in einer auf permanentem Wachstum und permanenter Produktivitätssteigerung gerichteten Wirtschaft die notwendige Entkopplung vom Ressourcenverbrauch und die Entlastung der Ökosysteme nicht erreicht werden kann. Umweltschützer mahnen eine Abkehr vom Wachstumsparadigma an, weil sie die Grenzen der ökologischen Belastbarkeit zum Greifen nahe sehen und auf technikgetriebene Lösungen nicht setzen wollen. Sie glauben, dass das, was an Umweltentlastung durch größere Effizienz gewonnen wird, durch Wachstumseffekte an anderer Stelle wieder aufgezehrt wird. Zwar wird es mit der Zeit immer effizientere Autos geben, dafür aber immer mehr Autos und mehr Fahrleistung, effizientere Elektrogeräte, aber immer mehr elektrische Anwendungen, immer effizientere Heizungen, aber immer mehr zu beheizende Wohnfläche etc. Das Geld, das Konsumenten und Unternehmen durch bessere Technik sparen, wird sogleich in neue Konsumoptionen und Investitionen gesteckt und führt zum so genannten Rebound-Effekt.

Die weltweit absehbare Bevölkerungsentwicklung in Verbindung mit der Tatsache, dass Milliarden von Menschen in den unteren und mittleren Bevölkerungsschichten in Entwicklungs- und Schwellenländern nach materiellem Reichtum auf Niveau der heutigen Industrieländer streben, macht deutlich, dass wir nicht mit Sicherheit davon ausgehen können, dass eine Rückführung des Ressourcenverbrauchs durch Entkopplung möglich ist. Solange das so ist, sollte man sich zumindest darüber Gedanken machen, ob unser derzeitiges Wirtschaftssystem zwingend auf Wachstum angewiesen ist und wie es ggf. so angepasst werden kann, dass es auch ohne ökonomisches Wachstum überlebensfähig ist.

IV. Wachstumszwänge identifizieren und überwinden

Für die Entwicklung politischer Strategien, die darauf ausgerichtet sind, die wirtschaftliche Entwicklung am tatsächlichen Wohlergehen des Menschen und den Grenzen der Natur auszurichten und eine Dynamik des „Wachstums um des Wachstums willen“ zu überwinden ist

¹⁰ Meadows/Meadows/Zahn 1972: Die Grenzen des Wachstums. Stuttgart.

¹¹ Diese Grafik findet sich z.B. in Weizsäcker 2010: Faktor 5. Die Formel für nachhaltiges Wachstum. Abb. 7, S. 26.

¹² Fücks 2011: Wachstum der Grenzen. In: Die Zeit Nr. 16 vom 14.04.2011.

es daher notwendig, die Triebfedern des wirtschaftlichen Wachstums und des Ressourcenverbrauchs zu identifizieren. Dabei ist zwischen absolutem Wachstum und Wachstum pro Kopf zu unterscheiden.

Unternehmerischer Gewinndruck: Es gehört zunächst einmal zum Wesen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, dass sich private Unternehmen im Wettbewerb behaupten müssen. Dazu müssen sie Gewinne erzielen um investieren zu können und den Eigentümern oder Anteilseignern eine angemessene Rendite zu bescheren. Diese würden sonst ihr Kapital an anderen Stellen der Volkswirtschaft anlegen, wo möglicherweise höhere Renditen erreichbar wären. Private Unternehmen ohne Gewinnstreben sind daher im Kapitalismus nicht denkbar. Daraus ergibt sich die Dynamik des Kapitalismus, aber auch sein inhärenter Wachstumszwang. Tendenzen immer weitere gesellschaftliche Bereiche nach marktwirtschaftlichen Kriterien zu organisieren (z.B. Medien, Bildung, Gesundheit, kommunale Dienstleistungen) sollten daher zumindest kritisch hinterfragt werden. Zudem ist zu erwägen, ob unternehmerische Rechtsformen wie etwa Stiftungs- und Genossenschaftsunternehmen gestärkt werden können, die ihre wirtschaftlichen Aktivitäten nicht ausschließlich bzw. überwiegend auf Gewinnmaximierung ausrichten müssen und daher geringerem Renditedruck unterworfen sind. Durch derartige Gegensteuerung ließe sich zumindest der gesamtwirtschaftliche Wachstumsdruck reduzieren und so auch die Einhaltung der ökologischen Grenzen wenigstens wahrscheinlicher machen.

Demographie: Eine weitere wichtige Triebfeder für absolutes wirtschaftliches Wachstum besteht in der demographischen Entwicklung. Global betrachtet nimmt die Bevölkerung weiterhin zu. Bis 2050 wird sie voraussichtlich um weitere 2 Milliarden auf dann 9 Milliarden Menschen anwachsen. Die Bedürfnisse dieser Menschen, wie auch derer, die heute am unteren Ende der globalen Einkommenskala leben, zu befriedigen, stellt eine zentrale Triebfeder für Wachstum dar. Diese Entwicklung lässt sich nur schwer beeinflussen. Langfristig ist sicherlich eine gewisse Selbstregulierung zu erwarten, da zunehmender Wohlstand und eine Verbesserung der sozialen Sicherungssysteme erfahrungsgemäß sinkende Geburtenraten zur Folge haben. Die enormen Anstrengungen das Bevölkerungswachstum weltweit durch Informations- und Aufklärungskampagnen zur Familienplanung zu verlangsamen sind letztlich ein Versuch, diese Entwicklung zu beschleunigen.

In Deutschland und einigen anderen industrialisierten Ländern hingegen ist Bevölkerungsentwicklung schon heute rückläufig. Im Angesicht beitragsfinanzierter sozialer Sicherungssysteme, übt jedoch auch dieser Bevölkerungsrückgang in diesen Ländern einen Wachstumsdruck aus. Da ein immer kleinerer Teil der Bevölkerung die sozialen Leistungen für einen immer größer werdenden Teil erbringen muss, der bereits aus dem Arbeitsleben ausgeschieden ist, bestehen starke Anreize für die Regierung das Pro-Kopf-Einkommen zu steigern, um die entstehenden Verteilungskonflikte abzumildern. Um zu verhindern, dass Lohnnebenkosten ständig weiter steigen und Renten sinken, wird es mittelfristig nötig sein, die Finanzierung unserer sozialen Sicherungssysteme grundsätzlich zu reformieren. Die Umstellung vom beitragsfinanzierten in ein steuerfinanziertes Rentensystem könnte eine Stoßrichtung für eine solche Reform sein (z.B. über eine Bürgerversicherung und/oder eine Ökologische Steuerreform). Mit einer Reform des Rentensystems könnte somit ein wichtiger Druck aus dem System genommen werden, der es zu immer weiterem Wachstum zwingt.

Arbeitsproduktivität und Vollbeschäftigung: Auch die kontinuierliche Steigerung der Arbeitsproduktivität gehört zu den wichtigen Treibern des Wirtschaftswachstums. In den vergangenen 15 Jahren hat sich in Deutschland der durchschnittliche Wert, der durch eine geleistete Arbeitsstunde geschaffen wurde inflationsbereinigt um 13 Prozent vergrößert.¹³ Diese Produktivitätssteigerung hat einen großen Beitrag zur Steigerung des materiellen Reichtums in Deutschland geleistet. Diese Entwicklung hat allerdings die Kehrseite, dass immer mehr wirtschaftlicher Output durch immer weniger menschliche Arbeitskraft geschaffen

¹³ Daten des Statistischen Bundesamtes

werden kann. Würde die Wirtschaftsleistung bei weiter steigender Arbeitsproduktivität stagnieren, hieße das, dass die Arbeitslosigkeit zunehmen würde. Da die Vollbeschäftigung aber ein wichtiges Politikziel darstellt, müssen durch Wachstum immer wieder neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Hier gilt es, die Innovationsanreize für weitere Produktivitätssteigerungen von der Arbeitsauf die Ressourcenproduktivität zu verlagern. Dem Staat steht hier mit seiner Fiskalpolitik ein wirksamer Hebel zur Verfügung. Heute finanziert er sich noch zu mehr als 60 Prozent durch Steuern und Abgaben auf Arbeit, was diesen Produktionsfaktor teurer macht und zu immer weiterer Rationalisierung treibt. Steuern und Abgaben auf den Umwelt- und Ressourcenverbrauch hingegen tragen mit wenig mehr als 5 Prozent zum Staatsbudget bei. Dabei sind die Preise hier nach wie vor zu gering um Innovationen für wirklich große Effizienzfortschritte anzutreiben.

Fiskalpolitik und Geldwesen: Auch die Fiskalpolitik hat uns einen zusätzlichen Wachstumswang beschert: Die Verschuldung der öffentlichen Haushalte ist im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise massiv angestiegen. Aufgrund der oben beschriebenen Wachstumswänge haben sich fast alle europäischen Regierungen gezwungen gefühlt, das Wirtschaftswachstum durch zusätzliche Ausgaben anzukurbeln. Um den nun notwendigen Schuldendienst leisten zu können sind neue staatliche Einnahmen notwendig. Um diese zu erzielen ohne allzu stark an der Steuerschraube zu drehen, ist wiederum Wachstum nötig. Ein Durchbrechen dieser „Schuldenfalle“ erscheint unter den heutigen fiskalpolitischen Rahmenbedingungen nur schwer möglich.

Eine weitere Ursache des Wachstumswangs besteht schließlich auch im gegenwärtigen Geldwesen. Aufgrund der Möglichkeit, durch Kreditvergabe an Unternehmen Geld zu schöpfen üben Banken derzeit starken Wachstumsdruck auf die Realwirtschaft aus. Unternehmen, die für ihre Investitionen einen Kredit aufgenommen haben, bleibt keine andere Wahl als Überschüsse über ihren Gewinn hinaus zu erwirtschaften, um den Kredit zusätzlich der Zinsen zurückzuzahlen. Um aus dieser „Wachstumsspirale“ zu entkommen, wird eine Vollgeldreform vorgeschlagen. Das Recht zur Geldschöpfung könnte wieder ausschließlich den Zentralbanken zugestanden werden. Banken würden verpflichtet werden, ihr Buchgeld vollständig durch Zentralbankguthaben oder Kontoeinlagen zu decken.

V. SCHLUSSBEMERKUNGEN

Die Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrise der vergangenen Jahre in Verbindung mit den ausbleibenden Fortschritten bei der Lösung der Klimakrise und weiter zunehmendem Ressourcenverbrauch führen die Notwendigkeit einer Neuausrichtung unseres Wirtschaftssystems deutlich vor Augen. Vor diesem Hintergrund muss die soziale Marktwirtschaft dringend zu einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft weiterentwickelt werden, die nicht mehr in erster Linie auf quantitatives Wirtschaftswachstum, sondern auf tatsächlichen Wohlstand und Lebensqualität ausgerichtet ist und zudem gleichzeitig die Einhaltung der ökologischen Grenzen unseres Planeten sicherstellt. Für letzteres ist eine (bedeutende) Steigerung der Ressourcenproduktivität die Schlüsselstrategie. Sollte sich die absolute Entkopplung des Ressourcenverbrauchs vom Wirtschaftswachstum jedoch nicht in ausreichendem Maße erreichen lassen, muss letztlich auch die Frage gestellt werden, wie ein Wirtschaftssystem gestaltet werden könnte, das nicht auf Wachstum angewiesen ist. Dafür lassen sich bereits heute einige Ansatzpunkte identifizieren. Diese umzusetzen würde keine grundsätzliche Abkehr von der Marktwirtschaft als wirtschaftlichen Ordnungsrahmen bedeuten, sondern ihre Weiterentwicklung hin zu einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft.

DAS FÖS

Das „FÖS“ wurde 1994 als gemeinnütziger Verein gegründet. Seinerzeit lag der Schwerpunkt auf der Einführung einer **Ökologischen Steuerreform** in Deutschland. Unser mittlerweile erweiterter Fokus umfasst alle Elemente ökonomischer Instrumente in der Umweltpolitik, neben Umweltsteuern also auch den Emissionshandel, den Abbau umweltschädlicher Subventionen, die Förderung erneuerbarer Energien oder eine „Grüne Beschaffungspolitik“ des Staates. Darüber hinaus beschäftigen wir uns mit weiteren Elementen einer intelligenten Steuerpolitik, wie z.B. der Finanztransaktionsteuer. Wir arbeiten mit vielen anderen Organisationen zusammen, weit über Deutschland und die EU hinaus. So haben wir im September 2008 mit europäischen Partnern **Green Budget Europe** als europaweiten Dachverband für politische Lobbyarbeit im Bereich umweltökonomischer Instrumente und marktwirtschaftlicher Umweltpolitik gegründet.

MITGLIED WERDEN

„Ein Einzelner hilft nichts, sondern wer sich mit vielen zur rechten Stunde vereinigt“ (Goethe)

Sie wollen Mitglied beim FÖS werden? Das geht ganz unkompliziert über unsere Website unter: <http://www.foes.de/mitglied-werden/>

SPENDENKONTO

Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft e.V.
Kontonummer: 804 371 3000
BLZ 430 609 67
GLS Gemeinschaftsbank eG
IBAN DE87430609678043713000

oder ganz einfach über unsere Website unter: <http://www.foes.de/spenden/>

KONTAKT

Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft e. V.
Schwedenstraße 15a
13357 Berlin
Fon: 030-76 23 991-30
Fax: 030-76 23 991-59
www.foes.de
[foes\[at\]foes.de](mailto:foes[at]foes.de)

FÖRDERHINWEIS

Diese Publikation wurde gefördert von:



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit

**Umwelt
Bundes
Amt** 
Für Mensch und Umwelt

Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autoren.